

Anträge

Inhaltsverzeichnis

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|---|-------|
| A1-ÄA1 | Änderungsantrag zu A1 Paul Kurtzke | 3 |
| A2-ÄA1 | Änderungsantrag zu A2 Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt | 5 |
| A2-ÄA2 | Änderungsantrag zu A2 Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt | 6 |
| A2-ÄA3 | Änderungsantrag zu A2 Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt | 7 |
| A2-ÄA4 | Änderungsantrag zu A2 Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt | 8 |
| A3-ÄA1 | Änderungsantrag zu A3 Sebastian Vogt | 9 |
| A3-ÄA2 | Änderungsantrag zu A3 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 11 |
| A3-ÄA3 | Änderungsantrag zu A3 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 13 |
| A6-ÄA1 | Änderungsantrag zu A6 LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik | 14 |
| A7-ÄA1 | Änderungsantrag zu A7 LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik | 15 |
| A8-ÄA1 | Ersetzungsantrag zu A8 LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik | 16 |
| A9-ÄA1 | Ersetzungsantrag zu A9 Julian Degen, Ute Lukasch, Anja Müller, Mathias Günther, Sabine Günther, LAG Seniorenpolitik | 19 |
| A14-ÄA1 | Änderungsantrag zu A14 Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller | 21 |
| A14-ÄA2 | Änderungsantrag zu A14 Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller | 22 |
| A14-ÄA3 | Änderungsantrag zu A14 Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller | 23 |
| A14-ÄA4 | Änderungsantrag zu A14 Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller | 24 |
| A14-ÄA5 | Änderungsantrag zu A14 Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller | 25 |
| A14_ÄA6 | Änderungsantrag zu A14 Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller | 26 |
| A14-ÄA7 | Änderungsantrag zu A14 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 27 |
| A15-ÄA1 | Änderungsantrag zu A15 Anja Müller, Ute Lukasch, Cordula Eger, Sarah Schwarz | 28 |

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| A15-ÄA2 | Ersetzungsantrag zu A15 Felix Osterloh, Florian Demmler, Daniel Reinhardt | 29 |
| G1-ÄA1 | Änderungsantrag zu G1 Linksjugend ['solid] Thüringen | 30 |
| G1-ÄA2 | Änderungsantrag zu G1 Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel | 31 |
| G1-ÄA3 | Änderungsantrag zu G1 Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel | 32 |
| G1-ÄA4 | Änderungsantrag zu G1 Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel | 33 |
| G1-ÄA5 | Änderungsantrag zu G1 Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel | 34 |
| G1-ÄA6 | Änderungsantrag zu G1 Tilo Kummer | 35 |
| G1-ÄA7 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 36 |
| G1-ÄA8 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 37 |
| G1-ÄA9 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 38 |
| G1-ÄA10 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 39 |
| G1-ÄA11 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 40 |
| G1-ÄA12 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 41 |
| G1-ÄA13 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 42 |
| G1-ÄA14 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 43 |
| G1-ÄA15 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 44 |
| G1-ÄA16 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 45 |
| G1-ÄA17 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 46 |
| G1-ÄA18 | Änderungsantrag zu G1 LAG Betrieb und Gewerkschaft | 47 |
| G2-ÄA1 | Änderungsantrag zu G2 Andreas Schubert, Markus Gleichmann, Kreisverband Unstrut-Hainich-Kreis | 48 |

Antrag A1-ÄA1: Änderungsantrag zu A1

Änderungsantrag zu A1

| | |
|-------------------|----------------|
| Antragsteller*in: | Paul Kurtzke |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 ~~1. Wir, DIE LINKE. Thüringen, informieren über den Einsatz von KI-Technologie in~~
- 2 ~~unserer politischen Arbeit. Das betrifft auch die Erstellung von Texten und Bildern.~~

Zeile 3 - 4

- 3 ~~2. Wenn KI-Texte oder Bilder erstellt, sagen wir das. Wenn das Ergebnis echt~~
- 4 ~~aussieht, sagen wir, was wir für die Erstellung gesagt haben.~~

Zeile 5 - 7

- 5 ~~3. Texte oder Bilder von KI, die echt wirken, kennzeichnen wir klar. Wir lassen~~
- 6 ~~Ergebnisse weg, die stark täuschen. Andere Ergebnisse dürfen wir nutzen, aber wir~~
- 7 ~~kennzeichnen sie als KI-Ergebnisse.~~

Zeile 8

- 8 ~~4. Wir nutzen KI so, dass keine Vorurteile gestärkt werden.~~
Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen KI-Tools im Rahmen unserer politischen Arbeit nicht ein. Soweit wir Inhalte anderer teilen, die durch KI-Tools erstellt worden sind, machen wir dies kenntlich. Wir sehen die Gefährdung für die informationelle Selbstbestimmung eines jeden Menschen, die von solchen Werkzeugen ausgeht.

Begründung

Die aufkommenden KI-Text- und Bildbearbeitungswerkzeuge sind die übergreifende Vermarktung fremden Schaffens und werden deshalb von uns abgelehnt. Sie werden mit riesigen Text- und Bilderdatenbanken gespeist und „lernen“ so diese zu etwas „Neuem“ (eigentlich weitestgehend nur anderem) zu vermengen, denn eine so erzeugte künstliche Intelligenz ist tatsächlich (derzeit) nicht intelligent, sondern vermengt nur sehr viele Daten (auch ohne Zustimmung der ursprünglichen Schaffenden) miteinander und verbindet diese, um so vermeintlich neue Ergebnisse zu erschaffen. So wird der Bereich des menschlichen Schaffens endgültig entmenschlicht, um seine Kapitalisierung weiter voranzutreiben. Wohin dies führt, ist gerade bei den Arbeitskämpfen der Drehbuchautor_innen in den USA deutlich sichtbar. Diese streiken seit Monaten, weil sie durch die KI-Werkzeuge ersetzt werden sollen. Die Perversion dieser Entwicklung, dass zukünftig das Auftreten und die persönlichen Eigenarten von Menschen lizenziert oder gar erworben werden könnten, um sie dann mittels KI-Werkzeugen ohne weitere Mitwirkung des Betroffenen zu verwenden, lässt sich kaum übertreffen und greift die Würde des Menschen selbst an. Die heutigen Text- und

Bildbearbeitungswerkzeuge sind nur ein Vorgeschmack auf diese Entwicklung. Sie gefährden erheblich das Menschsein selbst und stellen die Vorboten des Vordringens der Kapitalisierung des geistigen Schaffensprozesses selbst dar. Die bloße Vermarktung seiner Erzeugnisse über das Urheberrecht genügt der Profitgier der digitalen Industrie nicht mehr. Die Nutzung solcher Werkzeuge widerspricht unseren grundlegenden Überzeugungen als linker Partei.

Für weitergehende Überlegungen möchte ich auf meinen Artikel („Der Künstler ist tot, es lebe die Maschine“) im Anstoß vom November des vergangenen Jahres verweisen, der unter diesem Link (https://www.die-linke-saalfeld-rudolstadt.de/fileadmin/KV-SLF/images/Anstoss/Anstoss_22-10.pdf) abgerufen werden kann.

Antrag A2-ÄA1: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 58 - 60

- 50 • Für Senior*innen bedarf es:
- 51 • Der Fortführung des Landesprogrammes AGATHE und die Planung und
- 52 Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne, mit dem Ziel, die Bekanntheit
- 53 und den Ausbau von AGATHE in weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten
- 54 zu fördern;
- 55 • Der Sicherstellung und den Ausbau der Förderung von ehrenamtlichen
- 56 Seniorenbeiräten und -beauftragten sowie der regionalen Seniorenbüros als
- 57 Anlaufstelle bei Fragen und für Unterstützung;
- 58 • ~~Der Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte;~~
- 59 • ~~Der Gewährleistung des Einbezugs der Seniorenbeauftragten und -beiräten in~~
- 60 ~~den kommunalpolitischen Gremien;~~
- 61 • Der Umwandlung des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz in ein Thüringer
- 62 Seniorenmitbestimmungsgesetz;
- 63 • Einer auskömmlichen Förderung des Landesseniorenrates Thüringen;
- 64 • Der Erarbeitung eines Generationenberichtes mit Handlungsempfehlungen zur
- 65 aktuellen Beteiligung und Teilhabe von Menschen im Alter 65 plus in den
- 66 Bereichen Ehrenamt, Kultur, Freizeit/Tourismus und Politik;
- 67 • Der Herstellung von guten Rahmenbedingungen für die Pflegenden und zu
- 68 Pflegenden in der stationären als auch ambulanten Pflege;
- 69 • Eine Pflegestruktur/Landespflegeplanung im Freistaat anpassungsfähig mit
- 70 den unterschiedlichen Lebens- und Familienmodellen;
- 71 • Den Einsatz von wissenschaftlichen Ansätzen aus unterschiedlichen
- 72 Fachbereichen bei der Planung von Maßnahmen und Angeboten für Menschen im
- 73 Alter 65 plus zu fördern, um möglichst alle Belange miteinzubeziehen und
- 74 Barrieren abzubauen;
- 75 • Der Stärkung von Inklusion von älteren Menschen mit Behinderung oder
- 76 Migrationshintergrund in die soziale Gemeinschaft in Thüringen;
- 77 • Barriere-Reduzierung sowohl in den Innenstädten als auch insbesondere im
- 78 Wohnungsbau.

Antrag A2-ÄA2: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 75 - 78

- 50 • Für Senior*innen bedarf es:
- 51 • Der Fortführung des Landesprogrammes AGATHE und die Planung und
- 52 Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne, mit dem Ziel, die Bekanntheit
- 53 und den Ausbau von AGATHE in weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten
- 54 zu fördern;
- 55 • Der Sicherstellung und den Ausbau der Förderung von ehrenamtlichen
- 56 Seniorenbeiräten und -beauftragten sowie der regionalen Seniorenbüros als
- 57 Anlaufstelle bei Fragen und für Unterstützung;
- 58 • Der Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte;
- 59 • Der Gewährleistung des Einbezugs der Seniorenbeauftragten und -beiräten in
- 60 den kommunalpolitischen Gremien;
- 61 • Der Umwandlung des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz in ein Thüringer
- 62 Seniorenmitbestimmungsgesetz;
- 63 • Einer auskömmlichen Förderung des Landesseniorenrates Thüringen;
- 64 • Der Erarbeitung eines Generationenberichtes mit Handlungsempfehlungen zur
- 65 aktuellen Beteiligung und Teilhabe von Menschen im Alter 65 plus in den
- 66 Bereichen Ehrenamt, Kultur, Freizeit/Tourismus und Politik;
- 67 • Der Herstellung von guten Rahmenbedingungen für die Pflegenden und zu
- 68 Pflegenden in der stationären als auch ambulanten Pflege;
- 69 • Eine Pflegestruktur/Landespflegeplanung im Freistaat anpassungsfähig mit
- 70 den unterschiedlichen Lebens- und Familienmodellen;
- 71 • Den Einsatz von wissenschaftlichen Ansätzen aus unterschiedlichen
- 72 Fachbereichen bei der Planung von Maßnahmen und Angeboten für Menschen im
- 73 Alter 65 plus zu fördern, um möglichst alle Belange miteinzubeziehen und
- 74 Barrieren abzubauen;
- 75 • ~~Der Stärkung von Inklusion von älteren Menschen mit Behinderung oder~~
- 76 ~~Migrationshintergrund in die soziale Gemeinschaft in Thüringen;~~
- 77 • ~~Barriere-Reduzierung sowohl in den Innenstädten als auch insbesondere im~~
- 78 ~~Wohnungsbau.~~

Antrag A2-ÄA3: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 42

42

- Die Stärkung von Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund in die soziale Gemeinschaft in Thüringen
- Barriere-Reduzierung sowohl in den Innenstädten, im Verkehrswesen, als auch insbesondere im Wohnungsbau. Die Ermöglichung durchgehend inklusiver Zugänge zu gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen für alle.

Um dies umsetzen zu können, bedarf es der Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte aller Generationen und für Familien. Dies erfordert folgende Einzelmaßnahmen:

- Die Stärkung des Einflusses von Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien (Kinder- und Jugendparlamente, -beiräte, -foren, etc.) in allen politischen Ebenen und bei allen die junge Generation betreffenden Anliegen sowie die Schaffung verpflichtender diesbezüglicher Regularien.
- Die Schaffung niedrigschwelliger, von lokalen politischen Stimmungen unabhängiger Förderprogramme für selbstorganisierte Kinder- und Jugendbeteiligung.
- Die Erhebung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung in einen Gesetzesrang, analog zum Seniorenmitwirkungsgesetz,
- Die Unterstützung der Einstellung hauptamtlicher Generationenbeauftragter in den Kommunen, die sich mit den Belangen von Kindern, Jugendlichen, Familien, Senior*innen befassen und deren vollumfängliche Beteiligung organisatorisch unterstützen.
- Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Eltern, die sich ehrenamtlich in kommunalen Parlamenten, Gremien und Vereinen engagieren
- Die Stärkung der Einbeziehung von Seniorenbeauftragten und -beiräten in kommunalen Gremien

Antrag A2-ÄA4: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 41

- 40 • Die Thüringer Bildungslandschaft gilt es so zu strukturieren, dass für alle
41 Generationen das lebenslange Lernen möglich ist. Darüber hinaus müssen Ganztagschulen weiter
ausgebaut werden, um Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu verbessern,
individuelle Förderung zu ermöglichen und für Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und
Familie zu schaffen. Wir brauchen gute Schulen für alle, die vor Ort für unsere Kinder Lern- und
Lebensort sind.

Antrag A3-ÄA1: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

| | |
|-------------------|----------------|
| Antragsteller*in: | Sebastian Vogt |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 117

- 92 • **wir eine aktive Industriepolitik gestalten!** Wir wollen konkrete Ideen
93 entwickeln, mit denen wir Unternehmen in Thüringen im Rahmen einer neu
94 aufgestellten Industriebeteiligungsstrategie im Strukturwandel unterstützen
95 können. Eigenständige Unternehmen, die sich auf den Weg machen und ihre
96 Produktion klimaneutral umstellen oder neue Produkte entwickeln wollen, könnten
97 über eine staatliche Beteiligung ihre Eigenkapitalbasis stärken und so den
98 Wandlungsprozess für die Beschäftigten sicher gestalten. Betriebe, die am Ende
99 der Entscheidungsketten stehen, weil Konzernzentralen am andere Ende der Welt
100 sitzen, könnten über staatliche Beteiligungen aus Unternehmensstrukturen
101 herauswachsen und auf eigenen Beinen stehen. Beide gilt es mit einem
102 entsprechenden Plan unter Beteiligung der Beschäftigten klimagerecht in
103 Produktion und Arbeitsweise aufstellen. Dazu braucht es regionale Strategien,
104 bei denen die Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen, das Land und weitere
105 wichtige Akteur*innen gemeinsam den Wandel gestalten. Wir wollen eine
106 Industriepolitik, die Zukunft sichert und nicht die Veränderungen auf dem Rücken
107 der Menschen abwälzt, wie es die Treuhandpolitik der 1990er Jahre gemacht hat.
108 Wir wollen Sicherheit, bei der die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, anstatt
109 Marktberreinigung, bei der nur die Konzernspitzen im Trockenen sitzen. Im ersten
110 Schritt könnten bestehende Marktanalysen gebündelt und Machbarkeitsstudien auf
111 den Weg gebracht werden, die die Grundlage für eine landesweite und regional
112 verankerte Industriebeteiligungsstrategie legen. Mit dem Ziel eine nachhaltige
113 und zukunftssichere Wertschöpfung in Thüringen zu entwickeln, die auf
114 ressourcenschonende und energieeffiziente Produktion setzt. Wir wollen
115 Beschäftigten Sicherheit im Wandel geben und die Möglichkeit klimagerecht zu
116 produzieren, was für die Welt von morgen benötigt wird. Das Wissen und die
117 Netzwerke dazu haben wir in Thüringen.
- Gleichzeitig wollen wir für die Betriebe Energiesicherheit zu bezahlbaren Preisen herstellen und uns möglichst unabhängig von Energieimporten machen. Dazu werden wir die nötigen Mengen an Windkraft und Solar ausbauen. Um die Schwankungen der Energieerzeugung auszugleichen, werden wir Tag/Nacht Speicher in Form von Batteriezellen und saisonaler Speicher in Form von Wasserstoffherzeugung und -speicherung ausbauen. Da die Herstellung und der Transport von Wasserstoff mit hohen Energieverlusten behaftet ist, muss die Elektrifizierung von Prozessen Vorrang haben. Dies schützt die Verbraucher vor unnötigen erhöhten Kosten. Für die Bereiche, die Wasserstoff benötigen und eine echte Energiewende, muss es das Ziel sein, am Ende grünen Wasserstoff zu verwenden.

Begründung

Energiesicherheit ist ein Thema, das immer wieder von rechten Kräften als Angriff auf die sozial-ökologische Transformation benutzt wird. Selbst von Genossinnen und Genossen wird verbreitet, dass die Energiesicherheit für einen Industriestandort wie Deutschland nicht mit erneuerbaren Energien sichergestellt werden könnte. Das ist falsch. Wirtschaftswissenschaftler*innen wie Claudia Kemfert und verschiedene Institute haben Studien dazu angestellt und die Umsetzbarkeit bestätigt. Wir müssen also auch an dieser Stelle Zuversicht verbreiten.

Antrag A3-ÄA2: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

| | |
|-------------------|------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 50 - 51

42 Auf diesem Weg haben wir als LINKE mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident, in
43 Regierungsverantwortung mit unseren Partner*innen im Parlament und außerhalb in den
44 letzten Jahren erste Schritte unternommen. Vor 5 Jahren haben wir uns ein Klimagesetz
45 in Thüringen gegeben, weil wir darum wissen, dass internationale Klimaziele als
46 politischer Rahmen für unser Handeln genauso wie für die Entscheidungen der Landes-
47 und Kommunalpolitik umgesetzt werden müssen. Als öffentliche Hand hat das Land dabei
48 eine Vorbildfunktion. Das Infrastrukturministerium will die energetische Sanierung
49 landeseigener Gebäude forcieren, um CO₂-Emissionen in großem Maße einzusparen. Bei
50 der Weiterentwicklung des Vergabegesetzes ~~ist uns~~ sind uns die Tarifbindung und die Erhöhung des
Mindestlohns ~~in~~
51 Richtung auf 14 Euro ebenso wichtig wie die Vergabe nach ökologischen
Kriterien, weil
52 Soziales und Klimapolitik Hand in Hand gehen müssen. Gesundheits- und
53 Umweltministerium haben zusammen die Arbeit an einem Hitzeaktionsplan begonnen und
54 den Kommunen mit der so genannten „Hitzetoolbox“ einen wichtigen Werkzeugkasten an
55 die Hand gegeben, weil es darum geht Menschen zu schützen, wenn Klimafolgen bereits
56 zu spüren sind. Da wo Beschäftigte als letztes Glied in der Kette von weltweit
57 agierenden Mutterkonzernen mit Entscheidungen aus der Chefetage leben und um ihre
58 Jobs bangen müssen, unterstützen wir Gewerkschaften und die Betriebe mit einer
59 Transformationsagentur und Technologieberatungsstelle, für die wir als LINKE gekämpft
60 haben. Wir haben einen Vorschlag für ein Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg
61 gebracht, weil wir wollen, dass der Gewinn aus der Stromerzeugung nicht allein in den
62 Kassen von Konzernen landen sollte, sondern dort ankommt, wo die Energie erzeugt
63 wird. In Form von konkreten Investitionen aus Energiegewinnen in den kommunalen
64 Kindergarten, die örtliche Bibliothek oder die Vereine schaffen wir Akzeptanz und
65 verteilen Gewinne sozial gerecht. Als nächsten Schritt wollen wir eine
66 Bürger*innenbeteiligung beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Zusammenarbeit mit
67 den kommunalen Energieversorgern. Und mit unserem Einsatz für die Verwendung von
68 Geldern aus dem Sondervermögen für nachhaltige Investitionen, haben wir einen ersten
69 großen Schritt für mehr Tempo in der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft gemacht.
70 Wir wollen die Geschwindigkeit und das Volumen von Investitionen in die klimagerechte
71 Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung noch deutlich steigern, weil wir wissen,
72 dass wir nur so neue Chancen für die Menschen und die Unternehmen entwickeln.

Begründung

Beim Vergabegesetz reicht es nicht nur, den Mindestlohn zu betrachten. Die Tarifbindung eines Unternehmens muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine entscheidende Rolle einnehmen. Dem sollte auch dieser Antrag gerecht werden.

Antrag A3-ÄA3: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

| | |
|-------------------|------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 23 - 25

12 Viele Menschen fühlen sich überfordert. Haben Angst und Sorgen, wenn auch aus
13 unterschiedlichen Gründen. Eine junge Generation hat vor Jahren begonnen, all das
14 nicht mehr hinzunehmen und hat Angst davor keine Zukunft mehr zu haben, wenn der
15 Planet einen Kippunkt nach dem anderen überschreitet. Notwendige Veränderungen
16 machen Menschen Angst, weil sie Sorge haben, mal wieder nicht gesehen und vergessen
17 zu werden, weil sie sich einen Umstieg auf ein Elektroauto oder erneuerbare Energien
18 nicht leisten können oder nicht wissen, ob ihr Arbeitsplatz im Zuliefererbetrieb in
19 zwei Jahren noch gebraucht wird. Ältere sehen mit Sorge wie das, was sie aufgebaut
20 haben, droht zu verschwinden. Sorgen, die die Hauptverursacher*innen der Krise nicht
21 umtreiben, weil sie das notwendige Geld haben, um Veränderungen ohne persönliche
22 Einschnitte einfach mitmachen zu können. Sorgen, die die Ampel-Koalition im Bund
23 nicht nimmt, weil sie sich nicht mit den ~~Verusacher*innen~~Verursacher*innen der Krise anlegen will.
24 Letztlich aber auch Sorgen, die von verschiedenen politischen Parteien und Lobbyisten bewusst und
gezielt geschürt werden und die verfangen. Rechte und extrem Rechte nutzen diese Ängste,
verstärken sie und eskalieren Konflikte. Verdrängung-oder, Abwehr-sind dann die Reaktionen. Dieses
Gefühl der, Überforderung
25 ~~wollen wir mit Zuversicht und Gerechtigkeit überwinden~~und sogar ausartende Wut sind Reaktionen,
die sich zum Teil bereits in Hetze äußern. Diesen Gefühlen wollen wir durch sozial gerechtes Handeln
entgegenwirken und den Menschen wieder Vertrauen in eine solidarische Zukunft geben. Aus dem
Mut der jungen
26 Generation wollen wir Energie schöpfen und den Weg frei machen für eine klimagerechte
27 Zukunft. Dieser Wandlungsprozess gelingt nur mit einer breiten gesellschaftlichen
28 Akzeptanz. Es darf keinesfalls zu einem weiteren Umverteilungsschub von unten nach
29 oben kommen. Als LINKE wollen wir die Energie- und Klimawende so organisieren, dass
30 im Ergebnis echte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land
31 überall gleich gut wirksam werden.

Begründung

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass nicht nur eine falsche Politik auf Bundesebene allein Ängste und Sorgen bereitet, sondern müssen ansprechen, dass hier von verschiedenen Seiten regelrechte Kampagnen gefahren werden, um die Verunsicherung der Menschen zu verstärken und eigenen Profit daraus zu ziehen. Eine gerecht ausgerichtete Sozial- und Klimapolitik kann nur gelingen, wenn wir das offen thematisieren und deutlich machen.

Antrag A6-ÄA1: Änderungsantrag zu A6

Änderungsantrag zu A6

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 20 - 27

- 20 4. ~~DIE LINKE.Thüringen setzt sich für Barrierefreiheit auf Bahnhöfen/Bahnsteigen~~
21 ~~ein. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit:~~
22 • ~~Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für eine~~
23 ~~Änderung bei der Deutschen Bahn einzusetzen. Die Reparatur-Zeiten bei~~
24 ~~Aufzügen in Bahnhöfen ziehen sich teilweise über ein Jahr. Hier kam es~~
25 ~~bereits zu zahlreichen Verletzungen und Todesfällen. Diese Situation muss~~
26 ~~verbessert werden. Die Deutsche Bahn sollte daher einen eigenen~~
27 ~~Reparaturservice aufbauen.~~
4. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für Barrierefreiheit auf Bahnhöfen/Bahnsteigen ein. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit:
- Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für eine Änderung bei der Deutschen Bahn einzusetzen. Die Reparatur-Zeiten bei Aufzügen in Bahnhöfen ziehen sich teilweise über ein Jahr. Hier kam es bereits zu zahlreichen Verletzungen und Todesfällen. Diese Situation muss verbessert werden. Die Deutsche Bahn sollte daher einen eigenen Reparaturservice aufbauen.
5. DIE LINKE. Thüringen setzt sich für die Schulung von kommunalen Behindertenbeauftragten ein. Die Fraktion im Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
- Die kommunalen Behindertenbeauftragten sollen zum Thema Barrierefreiheit gezielt geschult werden, da die Beauftragten barrierefreie Baumaßnahmen abzeichnen müssen.

Begründung

Zu 4. Todesfall wegen defektem Aufzug: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/rolltreppe-unfall-gestuerzt-tot-hauptbahnhof-100.html>

Zu 5. Leider werden häufig barrierefreie Baumaßnahmen von Behindertenbeauftragten abgezeichnet, die fachliche Mängel aufweisen. Daher ist es wichtig, dass die zuständigen kommunalen Behindertenbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten entsprechend geschult werden und sich das nötige Wissen aneignen. So können fachliche Mängel reduziert werden.

Weitere Begründungen auf dem Parteitag.

Antrag A7-ÄA1: Änderungsantrag zu A7

Änderungsantrag zu A7

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 12

- 11 2. Als Landesarbeitsgemeinschaft fordern wir insbesondere die
- 12 Diskriminierungsformen zu erweitern. [Diskriminierungsformen besagen ‚Wie werde ich](#)
[diskriminiert?‘. Hier geht es um die Forderungen diese folgendermaßen zu erweitern: „Versagung](#)
[von ‚angemessenen Vorkehrungen‘ und der ‚Barrierefreiheit‘ als Form von Diskriminierung](#)
[definieren“ und „Schutz vor sexueller Belästigung auch im Zivilrechtsverkehr sicherstellen“.](#) Deshalb
- 13 fordern wir die Umsetzung von
- 14 Abschnitt V in der Stellungnahme des Bündnis AGG-Reform. Der Landesparteitag
- beauftragt den Landesvorstand damit

Antrag A8-ÄA1: Ersetzungsantrag zu A8

Änderungsantrag zu A8

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 3

~~1 „Schwimmbäder zu erhalten, ist ein Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.“ DIE
2 LINKE.Thüringen unterstützt die Forderung der Partei-Vorsitzenden. Schwimmbäder
3 müssen erhalten bleiben. Für alle Kinder sollte der Eintritt kostenfrei sein.~~

Zeile 4 - 6

~~4 „Denn alle Kinder verdienen die gleiche Chance und es muss sichergestellt werden,
dass alle Kinder schwimmen können!“ So heißt es auf der Seite der Linken unter „SOS-
Seepferdchen“~~

Zeile 7 - 9

~~7 Deshalb fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention (UNBRK). Die
8 Schwimmbäder müssen barrierefrei ausgestaltet werden. Nur so können alle Kinder
9 gleichberechtigt teilnehmen.~~

Zeile 10 - 15

~~10 UN-Behindertenrechts-Konvention Artikel 30 Absatz 5d:
11 Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an
Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die
Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Kinder mit
Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit-
und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;~~

Zeile 16

~~16 Wir stellen daher folgende Forderungen an die Landesregierung:~~

Zeile 17

~~17 • Kostenfreien Eintritt für alle Kinder in Schwimmbäder~~

Zeile 18

~~18 • Barrierefreie Ausgestaltung aller Schwimmbäder~~

Zeile 19

19 Hierfür sind Fördermittel bereitzustellen.

„Schwimmbäder zu erhalten, ist ein Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.“

20

DIE LINKE.Thüringen unterstützt die Forderung der Partei-Vorsitzenden. Schwimmbäder müssen erhalten bleiben. Für alle Kinder sollte der Eintritt kostenfrei sein.

„Denn alle Kinder verdienen die gleiche Chance und es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder schwimmen können!“ So heißt es auf der Seite der Linken unter „Rettet die Schwimmbäder SOS-Seepferdchen“ <https://www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/umsteuern/sos-seepferdchen/>

21

Deshalb fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention (UNBRK). Die Schwimmbäder müssen barrierefrei ausgestaltet werden. Nur so können alle Kinder gleichberechtigt teilnehmen.

UN-Behindertenrechts-Konvention Artikel 30 Absatz 5d:

22

Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;

23

Wir stellen daher folgende Forderungen an die Landesregierung:

- Kostenfreien Eintritt für alle Kinder in Schwimmbäder,
- Barrierefreie Ausgestaltung aller Schwimmbäder,
- Flächendeckendes Angebot an Schwimmbädern, um Schwimmunterricht an allen Grundschulen gewährleisten zu können.

24

Hierfür sind Fördermittel bereitzustellen.

Begründung

Schwimmbäder müssen für alle Menschen zugänglich sein. Auch für Menschen mit Behinderungen und arme Menschen. Deshalb soll für alle Kinder der Eintritt in Schwimmbäder kostenfrei sein.

Menschen mit Behinderungen haben oft Schwierigkeiten ins Schwimmbad zu gehen. Viele Schwimmbäder sind nicht barrierefrei. So können nicht alle Menschen teilhaben. Deshalb fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention.

Neben dem genannten Artikel 30 gibt es noch weitere Artikel in der UN-Behindertenrechts-Konvention.

Im Artikel 7 Absatz 1 heißt es: „Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.“

Außerdem treffen noch Artikel 9 Absatz 1a (Zugänglichkeit) und Artikel 24 Absatz 1 (Bildung – Schwimmunterricht) zu.

Besonders positiv ist, dass es auch Bestrebungen von Seiten der Thüringer CDU zum Thema Schwimmbäder gibt. Hier scheint es möglich, eine sinnvolle Lösung zu erarbeiten. <https://www.sueddeutsche.de/sport/schwimmen-erfurt-cdu-fraktion-will-schwimmfaehigkeiten-verbessern->

[dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230702-99-258250](https://www.dpa.de/urn-newsml-dpa-com-20090101-230702-99-258250)

Weitere Quellen:

DIE LINKE. <https://www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/umsteuern/sos-seepferdchen/>

Video von Janine Wissler <https://www.facebook.com/linkspartei/videos/1801390473608899>

UNBRK https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/CRPD/CRPD_Konvention_und_Fakultativprotokoll.pdf

Antrag A9-ÄA1: Ersetzungsantrag zu A9

Änderungsantrag zu A9

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | Julian Degen, Ute Lukasch, Anja Müller, Mathias Günther, Sabine Günther, LAG Seniorenpolitik |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 28

~~1 Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den wachsenden
2 Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Hinzu kommen immer mehr
3 ältere Menschen in ganz Thüringen, die barrierefreien und preiswerten Wohnraum
4 benötigen. Im ländlichen Raum gibt es in den Dorfkernen eine Vielzahl an
5 leerstehendem und/oder sanierungsbedürftigem Wohnraum. Die Landesregierung fördert
6 eine lebendige Stadt- und Dorfentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen
7 Mischung – ebenso wie eine vielfältige und bedarfsgerechte Infrastruktur. Dazu
8 braucht es eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene und ausreichend bezahlbare
9 Wohnungen für alle Menschen. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert,
10 sondern auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet. DIE LINKE.
11 Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare
12 Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land,
13 zu schaffen. Wir greifen dazu auf alle Instrumente zurück, die der Landesregierung
14 zur Verfügung stehen, um die Kommunen hierbei zu unterstützen. Neben einer
15 notwendigen Mietpreisbremse könnte weiterhin über genossenschaftlichen und kommunalen
16 Wohnungsbau sowie den sozialen Wohnungsbau Einfluss auf Mietpreise genommen werden.
17 Durch den umfangreichen Bedarf an der notwendigen energetischen Sanierung vieler
18 Wohnräume steigt der Druck auf die Mieten weiter an. Um auch deshalb steigende Kosten
19 für Wohnraum zu verhindern, bedarf es der Abschaffung der Modernisierungsumlage,
20 damit die Kosten für die notwendige energetische Sanierung nicht auf die Mieter:innen
21 umgelegt werden kann. Denn für DIE LINKE. Thüringen ist klar, dass es eine
22 energetische Transformation des Wohnungsbestandes braucht, sie aber sozialverträglich
23 sein muss. Zur Unterstützung der Kommunen beim sozialen Wohnungsbau und bei der
24 Sanierung des Bestandes prüft das Land verschiedene Möglichkeiten. So zum Beispiel
25 die Errichtung einer Landeswohnungsgesellschaft, die Zusammenlegung kleinerer
26 Wohnungsbauunternehmen zu regionalen Wohnungsbau-Clustern, einen Schuldenschnitt bzw.
27 -erlass für kommunale und nichtgewinnorientierte Wohnungsunternehmungen zu Gunsten
28 der energetischen Sanierung~~

Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus um bezahlbare
Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, zu schaffen.

29

Zur Unterstützung der Kommunen beim sozialen Wohnungsbau und bei der Sanierung des Bestandes
prüft das Land verschiedene Möglichkeiten.

So zum Beispiel die Errichtung einer Landeswohnungsgesellschaft, die Zusammenlegung kleinerer
Wohnungsbauunternehmen zu regionalen Wohnungsbau-Clustern, einen Schuldenschnitt bzw. -erlass

für kommunale und nichtgewinnorientierte Wohnungsunternehmen zu Gunsten der energetischen Sanierung und dies prinzipiell barrierefrei.

Begründung

Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den wachsenden Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Hinzu kommen immer mehr ältere Menschen in ganz Thüringen, die barrierefreien und preiswerten Wohnraum benötigen.

Im ländlichen Raum gibt es in den Dorfkernen eine Vielzahl an leerstehendem und/oder sanierungsbedürftigem Wohnraum. Die Landesregierung fördert eine lebendige Stadt- und Dorfentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen Mischung – ebenso wie eine vielfältige und bedarfsgerechte Infrastruktur. Dazu braucht es eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene und ausreichend bezahlbare Wohnungen für alle Menschen. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert, sondern auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet.

DIE LINKE. Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, zu schaffen. Wir greifen dazu auf alle Instrumente zurück, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, um die Kommunen hierbei zu unterstützen.

Neben einer notwendigen Mietpreisbremse könnte weiterhin über genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau sowie den sozialen Wohnungsbau Einfluss auf Mietpreise genommen werden.

Durch den umfangreichen Bedarf an der notwendigen energetischen Sanierung vieler Wohnräume steigt der Druck auf die Mieten weiter an. Um auch deshalb steigende Kosten für Wohnraum zu verhindern, bedarf es der Abschaffung der Modernisierungsumlage, damit die Kosten für die notwendige energetische Sanierung nicht auf die Mieter:innen umgelegt werden kann.

Denn für DIE LINKE. Thüringen ist klar, dass es eine energetische Transformation des Wohnungsbestandes braucht, sie aber sozialverträglich sein muss!

Antrag A14-ÄA1: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 64

64 ~~Gute Bildung ist für uns mehr als ein dreistufiges Schulsystem~~

Zeile 65 - 67

65 ~~Gute Bildung findet an einem Ort statt, an dem sich alle wohlfühlen und in einem~~
66 ~~System, in dem nicht bereits in der Mitte des 4. Schuljahres über die Zukunft eines~~
67 ~~Kindes entschieden wird.~~

Gute Bildung bedeutet für uns junge Menschen umfassend und bedarfsorientiert auf die Herausforderungen des zukünftigen Lebens vorzubereiten und ihnen Kompetenzen für ihr Leben an die Hand zu geben. Gute Bildung ist die Grundlage einer guten Zukunft. Dabei steht uns als Gesellschaft die frühe Selektion in der Mitte der 4. Klasse in vermeintlich leistungsstarke und leistungsschwache Menschen durch das dreigliedrige Schulsystem im Weg. Wir wollen dieses überwinden und stattdessen längeres gemeinsames Lernen durch flächendeckende Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse realisieren.

Begründung

Das dreigliedrige Schulsystem wurde zu recht nach dem 2. Weltkrieg von der Sowjetunion abgeschafft und auch von den restlichen Siegermächten als unsozial und gesellschaftlich spalterisch angeprangert. Nicht nur, dass vor allem Menschen aus niedrigeren Einkommensschichten wesentlich geringere Chancen auf einen Gymnasialplatz haben, auch verschwenden wir durch die frühzeitige Selektierung Talente, welche sich erst später entwickeln. Dabei dient das Gymnasium als Elitenrekrutierung und die Hauptschule als Abschiebeort für vermeintlich Lernschwache. Unsere Aufgabe hingegen muss es sein, Menschen zusammen zu führen, sie zu ermutigen, von einander zu lernen und die Stärken und Schwächen von Einzelnen zu sehen und zu nutzen. Klassenverbände von der 1. bis zur 10. Klasse weisen außerdem eine viel höhere soziale Bindung auf und erlauben sowohl Mitschüler*innen als auch Lehrpersonal intensiver auf individuelle Bedürfnisse einzugehen.

Antrag A14-ÄA2: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 68 - 69

~~68 Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr~~

~~69 Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.~~

Gute Bildung kann nur an Orten stattfinden, die ausreichend mit gut geschultem pädagogischem Personal, moderner Ausstattung und mit einer kind- und jugendgerechten Umgebung bestückt sind. Dabei sehen wir uns immer noch massiven Problemen gegenüber. Die Ausbildung des zukünftigen Lehrpersonals muss überholt und stärker an den pädagogischen Bedarfen der Schüler*innen ausgerichtet, sowie attraktiver für Studierende und Seiteneinsteiger*innen gestaltet werden. Immer noch muss eine große Anzahl an Schulgebäuden saniert und an die jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Dabei geht es nicht nur um Digitalisierung, sondern ebenso darum Lebens- und Lernorte zu schaffen, an denen sich Kinder entfalten und auf ihre Stärken und Schwächen eingegangen werden kann.

Begründung

Wenn „gute Bildung“ für uns keine „Floskel“ sein soll, dann müssen wir es unterfüttern. Gern mit ehrgeizigen Zielen. Dabei müssen wir sowohl dafür Sorgen, dass sich das Lehrpersonal in der Lage fühlt, guten und individuellen Unterricht zu führen, als auch Sorge tragen, dass Kinder in einem guten Umfeld auf optimale Lernbedingungen treffen. Vieles von dem Vorgeschlagenen ist weder Hexenwerk noch neu, sondern seit vielen Jahrzehnten Teil von guter Bildungspolitik. Sei es in einigen skandinavischen Ländern oder auch in manchen privaten Schulen wie Jenaplan, Montessori oder auch freien Schulen.

Antrag A14-ÄÄ3: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 69

68 Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr

69 Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.

Unserer Überzeugung nach sollte die Polytechnische Ausbildung wieder eine stärkere Rolle einnehmen. Menschen mit umfassendem Wissen über technische Zusammenhänge können die Welt von heute in ihren Grundzügen besser begreifen. Gleichzeitig wollen wir auf eine zunehmende Entschlackung der Lehrpläne hinwirken, um sich intensiver entwicklungsrelevanten Themen widmen zu können. Dabei wollen wir den Anteil von begleitendem sozialpädagogischen Personal erhöhen und Schrittweise die Klassengröße überall auf maximal 20 Kinder reduzieren.

Begründung

Die zunehmende Entfernung der Schüler*innen von praktischer Arbeit, macht es handwerklichen Berufen immer schwieriger Auszubildende zu finden. Durch die wieder Einbeziehung von handwerklichem Wissen in die Grundausbildung, gestaltet sich nicht nur der Schulalltag abwechslungsreicher, sondern erhöht sich auch das Verständnis, woher die Dinge um uns herum kommen.

Natürlich geht dies nicht on top auf den ohnehin schon vollen Lehrplan. Diesen zu entschlacken und auf wesentliches zu beschränken ist ohnehin lange überfällig. Nicht jeder Mensch muss alles wissen. Stattdessen sollte vermehrt auf ein breit gefächertes Basiswissen gesetzt werden.

Es hat sich gezeigt, dass Lernen und Erfahren besser funktioniert, je individueller der Unterricht gestaltet werden kann. Dabei kommt es sowohl bei Lehrpersonal als auch bei Schüler*innen aufgrund von Stress zu Überforderungen. Gerade weil der Druck, auch durch die immer voller werdenden Lehrpläne und die großen Klassen immens ist. Deshalb ist zusätzliches sozialpädagogisches Personal, um individuelle Probleme besser besprechen zu können, dringend nötig.

Antrag A14-ÄÄ4: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 69

68 Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr

69 Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.

Wir wollen eine Schule als Ort der Demokratie. Dies meint nicht nur den Ausbau politischer Bildung im Lehrplan (auch bereits in jüngeren Jahrgängen), sondern ebenso die Demokratisierung der Strukturen und des Zusammenlebens an den Schulen.

Begründung

Die zunehmenden Angriffe auf unsere Demokratie und die fehlende Akzeptanz von demokratischen Prozessen in der Bevölkerung machen es notwendig, Demokratie noch mehr als bisher zu den Menschen zu bringen.

Dabei wollen wir verkrustete Demokratiestrukturen aufbrechen und mehr Demokratie wagen.

Denn Schulen als erste Orte im Leben, im denen Entscheidungsprozesse demokratisch gestaltet werden können, brennen sich im das Leben junger Menschen ein. Dort sehen sie, ob und wie Demokratie funktionieren kann und wie man sich einbringt, damit auch Ergebnisse entstehen. Das in vielen Teilen unseres Bildungssystems noch mit stark hierarchischen Strukturen gearbeitet wird, schlägt sich auch oftmals in den Lebensweisen der Menschen im späteren Alter nieder. Die Chance die Menschen schon frühzeitig an demokratische Prozesse zu gewöhnen, ist gerade in der Schule möglich und wichtig.

Antrag A14-ÄA5: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 70 - 77

~~70 Schule ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund
71 beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme
72 und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie
73 Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-
74 Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche
75 Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen
76 Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule
77 können nicht die Lösung sein.~~

Das alles sind ehrgeizige Ziele, die viel Mut, Kraft und vor allem auch Geld bedürfen. Bildung ist für uns Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule können nicht die Lösung sein.

Begründung

Im Bezug auf all die Forderungen, ist es wichtig noch mal zu sagen, dass es nichts ist, was einfach so mal passieren kann, sondern dass es neben Geld auch Anstrengung und Willen bedarf.

Antrag A14_ÄA6: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 76

70 Schule ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund
71 beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme
72 und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie
73 Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-
74 Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche
75 Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen
76 Infrastrukturen im Bildungsbereich. Deshalb fordern wir ein 100 Milliarden Sondervermögen für
Bildung durch den Bund. Denn damit können die dringend notwendigen Sanierungen und
Modernisierungen im Bildungsbereich angegangen und gleichzeitig eine Neuaufstellung der
Pädagoginnenausbildung angegangen werden. Dafür fordern wir die Wiedereinführung der
Vermögenssteuer, welche zweckgebunden zur Stützung dieses Sondervermögens eingesetzt werden
soll. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule
77 können nicht die Lösung sein.

Begründung

Ein konkreter Vorschlag, wie die Kosten gestemmt werden sollen, ist hier wichtig. Die immer größere Ansammlung von Geld in den Händen weniger macht eine sinnvolle Investitionspolitik in notwendige Bereiche zusehends schwieriger. Die zumindest theoretische Kopplung der Vermögenssteuer an das Bildungssystem macht es außerdem schwieriger, sich vor dieser Steuer zu drücken, da sich dies aktiv gegen dringend notwendige Investitionen in die Zukunft richten würde.

Antrag A14-ÄÄ7: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

| | |
|-------------------|------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 43

42 Das reicht uns noch nicht aus, wir sind noch auf dem Weg. Wir wollen einen

43 Sozialstaat im Thüringer Modell.

Das heißt für uns:

- Beitragsfreie frühkindliche, Schul- und Erwachsenenbildung sowie außerschulische Jugendbildung
- Lernmittelfreiheit
- kostenfreier ÖPNV
- kostenfreie Freizeitangebote und Angebote der Kinder- und Jugenderholung
- längeres gemeinsames Lernen an einer Schule mit binnendifferenzierten Unterricht und der Ausstattung für eine erfolgreiche Inklusion

Begründung

Der Begriff „Sozialstaat im Thüringer Modell“ und der Bezug der nächsten Absätze zu diesem Konzept bleiben uns im Antrag zu unklar. Für die bessere Übersicht und das Verständnis des Konzepts schlagen wir vor, die Auflistung den folgenden Absätzen voranzustellen.

Antrag A15-ÄA1: Änderungsantrag zu A15

Änderungsantrag zu A15

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Anja Müller, Ute Lukasch, Cordula Eger, Sarah Schwarz |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 7

- 1 ~~Der Landesverband Thüringen der Partei~~ DIE LINKE Thüringen setzt sich ~~für eine Überarbeitung~~
- 2 ~~des Paragraphen 15 und Paragraphen 16 Absatz 2 des Thüringer Kindergartengesetz~~
- 3 ~~(ThürKigaG) sowie die Finanzierungsgrundlagen anzupassen ein. Meldungen über~~
- 4 ~~eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-~~
- 5 ~~Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen.~~
- 6 ~~Außerdem werden die in Paragraf 15 geregelten räumlichen Ausstattungen verbessert und~~dafür ein,
- 7 Städte und Dörfer aktiv dabei zu begleiten, ihre Kindergärten zukunftsfest zu gestalten. Hierzu bedarf
es unterschiedliche Konzepte, wie Kindergärten in Thüringen zentrale Ankerpunkte in einem Dorf
oder Stadtteil werden können. Mit der Idee für ein Institut für frühkindliche Bildung
im Sinne einer individuellen Betreuung und Förderung angepassteeingebrachten Kindergartengesetz
machen wir dazu einen konkreten Vorschlag.

Begründung

Größere Städte diskutieren gerade öffentlich darüber, Kindergärten zu schließen, da die Geburtenrate gesunken ist. Sie müssen dies nicht tun. Die Kommunen können die Standards für ihre Einrichtungen selbstständig nach oben definieren. Um Kindergartenschließungen zu verhindern, weil dieser Spielraum nicht genutzt wird, wollen wir als LINKE Konzepte entwickeln.

Antrag A15-ÄÄ2: Ersetzungsantrag zu A15

Änderungsantrag zu A15

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Felix Osterloh, Florian Demmler, Daniel Reinhardt |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Allgemein |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 7

- 1 Der Landesverband Thüringen der Partei DIE LINKE ~~setzt sich für eine Überarbeitung~~
2 ~~des Paragraphen 15 und Paragraphen 16 Absatz 2 des Thüringer Kindergartengesetz~~
3 ~~(ThürKigaG) sowie die Finanzierungsgrundlagen anzupassen ein. Meldungen über~~
4 ~~eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-~~
5 ~~Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen.~~
6 ~~Außerdem werden die in Paragraf 15 geregelten räumlichen Ausstattungen verbessert und~~nimmt die
sinkenden Geburtenzahlen in Thüringen zur Kenntnis und sieht dadurch die Chance die Qualität in
den Kindergärten anzuheben, indem wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel weiter verbessern. Besonderen
Handlungsbedarf besteht
7 ~~im Sinne einer individuellen Betreuung und Förderung~~Alter zwischen 0-3.
Meldungen über eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-
Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen.
Der Raum- und Platzbedarf, den ein jedes Kind in unseren Kindergärten hat, soll angepasst werden,
um eine individuellere Betreuung und Förderung zu gewährleisten. Aktuell sind dies 2x2,5 m² für
Kinder unter 3 Jahren. Für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt 2,5 m². Für die Außenfläche sind es 10
m².
Hierzu bedarf es unterschiedlichster Konzepte, wie Kindergärten in Thüringen zentrale Ankerpunkte in
einem Dorf oder Stadtteil werden können.

Antrag G1-ÄA1: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | Linksjugend ['solid] Thüringen |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 219

214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen setzen uns konsequent für ein Thüringen, ~~wo wir gut~~
~~leben können~~ ein, in welchem ein gutes Leben für Alle möglich ist. Geleitet von der Vision eines
demokratischen Sozialismus gehen wir täglich kleine und große Schritte, um das Leben der Menschen
besser zu machen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G1-ÄA2: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 73 - 75

73 Wir haben in Thüringen schon viel erreicht. Diesen Weg setzen wir fort. ~~Auch wenn wir~~
74 ~~uns selbst manchmal ungeduldig wünschen, dass es schneller gehen möge, müssen wir~~
75 ~~darauf achten, dass dabei niemand auf der Strecke bleibt.~~ Schon jetzt kämpfen wir für
76 eine LINKE, die als stärkste Kraft dieses Land mit Bodo Ramelow gestaltet. Wir
77 kämpfen für klare politische Mehrheiten, die es möglich machen, unsere Ziele linker
78 Politik nicht gegen den Dauervorbehalt einer konservativen, marktverliebten oder
79 extrem rechten Opposition zu stellen. Vieles, was wir vorhaben, können wir nur
80 schaffen, wenn wir auch neue finanzielle Wege gehen. Denn Zukunft lässt sich nicht
81 mit der schwarzen Null gestalten. Wo kostenfreie Bildung draufsteht, muss
82 öffentliches Geld drin sein. Wo klimagerechte Investitionen notwendig sind, muss Geld
83 schneller fließen im Kampf gegen die Zeit. Wo Gesundheit, Wohnen und Mobilität
84 gerecht und für jeden und jede zugänglich sein soll, muss die öffentliche Hand
85 Rahmenbedingungen schaffen. Demokratie, soziale und klimagerechte Politik sowie eine
86 starke Gesellschaft gibt es nicht zum Nulltarif.

Begründung

Der Satz sagt aus, dass mehr Menschen auf der Strecke bleiben, je schneller wir unsere politischen Ziele umsetzen. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere Ungeduld, unsere polit. Ziele umzusetzen, muss größer werden, damit weniger Menschen auf der Strecke bleiben.

Antrag G1-ÄA3: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 92

92 ~~Sozialstaat Thüringer Modell~~ Mit unserer Idee vom Sozialstaat und der
93 Kindergrundsicherung nach „Thüringer Modell“ gehen wir einen klaren Weg der sozialen
94 Gerechtigkeit von Anfang an. Das fängt mit der Bildung an. Während die Ampel bei der
95 Kindergrundsicherung zusammenstreicht, Sprachkitas und Ausbildungsförderung kürzen
96 will, setzen wir auf Beitragsfreiheit. Wir wollen nicht nur von Jahr zu Jahr
97 finanzieren, wir wollen den Wandel im System der Finanzierung. Wir wollen endlich
98 Eltern befreien, von der Beitragszahlung vom ersten Jahr im Kindergarten bis zum
99 Meister- oder Masterabschluss. Entlastung bedeutet für uns, jungen Menschen den Weg
100 freizumachen mit einem Jugendticket, dass sich jede:r leisten kann.

Begründung

Begründung: Unter „Sozialstaat Thüringer Modell“ wird im Allgemeinen ein in Thüringen entwickeltes und umgesetztes Sozialstaatsmodell verstanden, das sich von anderen Bundesländern deutlich unterscheidet. Gibt es das oder kann es das überhaupt geben, da die grundsätzlichen Bereiche zur Sozialstaatsgestaltung (Soziale Transfersysteme, Steuerpolitik, Arbeitsgesellschaft, Kranken, Renten, Sozial- und Arbeitslosenversicherung, Eigentum) nach dem Grundgesetz der Landesebene entzogen und der Bundesebene zugeordnet sind? Wir können ein Förderprogramm auflegen, das stark beanspruchten Familien eine Woche Ferienaufenthalt bezuschusst, wir können zwei Kindergartenjahre beitragsfrei stellen, und noch ein paar Dinge mehr etwas besser machen als andere Bundesländer (oder genauso gut, denn manches gibt es dort auch.) Aber schaffen wir es, einen Thüringer Sozialstaat zu definieren und umzusetzen? Ist das mit unserer Ministerin besprochen? Gibt es schon Programme, wie Thüringen die Kranken- Arbeitslosen- und Pflegeversicherung reformieren, die Krankenhäuser und die Pflege in den öffentlichen Bereich holen, die Miethaie ausschalten will und mit welchen besseren Nachteilsausgleichen Thüringer Arbeitslose, chronisch Kranke und andere Bedürftige künftig rechnen können? Wenn wir nicht in der Lage sind, solche anspruchsvollen Begriffe mit Leben zu füllen und tatsächlich umzusetzen, schaffen wir neue Frustration. Erreichbare und für Menschen fassbare konkrete Ziele sind angeraten.

Antrag G1-ÄÄ4: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 223 - 225

220 Wir sind die Brandmauer, wir lassen nicht zu, dass Faschist:innen zum Zünglein an der
221 Waage werden und die mit ihren Worten andere bestärken, den Hass und die Hetze in die
222 Tat umzusetzen. 2024 geht es darum, welches Menschenbild dieses Land prägt. Wir
223 wollen ein gemeinsames Land, ein "Wir" statt ein "Die"! Wir wollen ~~einen sozialen~~
224 ~~Staat nach Thüringer Modell~~ ein soziales Land, eine Politik der Ermöglichung, des Erhalts unserer
225 Lebensgrundlagen und ~~Haltung, statt Rückfall in finstere Zeiten~~ einer solidarischen, humanistischen
Grundhaltung.

Begründung

Verzicht auf Thüringer Modell siehe 2., Verzicht auf Rückfall in finstere Zeiten, da unklar ist, was damit gemeint ist: die DDR, das Dritte Reich oder die BRD der 50er Jahre...

Antrag G1-ÄA5: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 218

214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir brauchen ~~keine Miesmacher, wir brauchen~~ keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

Antrag G1-ÄA6: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | Tilo Kummer |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 149

138 Dort wo Beteiligung möglich wird, kann gemeinsam darüber gesprochen werden, wie wir
139 uns bewegen und wohnen, ländliche und städtische Räume gestalten wollen und Gelder
140 der öffentlichen Hand genau dafür einsetzen. Thüringen ist ein Land der Mobilität.
141 Wir wollen die Verkehrswende so vorantreiben, dass Menschen nicht zwangsläufig auf
142 teure und klimaschädliche, fossile Brennstoffe angewiesen sind, aber dennoch niemand
143 abgehängt wird. Mobilitätsgarantie bedeutet für uns, dass nicht nur ein klassischer
144 Bus ins Dorf kommt, sondern, dass ein Auto auch dann noch zur Verfügung steht, wenn
145 keine Verbrenner mehr gebaut werden: Betrieben mit Strom aus erneuerbaren Energien,
146 von denen die Menschen im Dorf nebenbei auch wirtschaftlich profitieren und nicht nur
147 große Konzerne. Das gleiche gilt für die Frage, wer unsere Nahrung produziert und wo.
148 Statt dabei zuzusehen, wie landwirtschaftliche Flächen zum Börsenprojekt und
149 Spekulationsobjekt werden, tun wir etwas dagegen. Das gilt genauso für unseren Wald. Verkäufen von
großen Waldflächen an Konzerne, wie im Fall des Verkaufs von 2.400ha im Landkreis Schmalkalden-
Meiningen durch Michael von Sachsen-Weimar-Eisenach an die Schweizer Post, stellen wir uns künftig
entgegen. Dazu ist das 2019 von unserer Regierungskoalition geschaffene und von der
Landesregierung laut Zeitungsberichten ausgesetzte forststrukturelle Vorkaufsrecht für die
Landgesellschaft endlich umzusetzen. Außerdem sollte geprüft werden, ob analog zur bereits
vorhandenen Regelung im Landwirtschaftsrecht ein Verbot des Verkaufs von Wald zu stark
überhöhten Preisen geschaffen werden kann. Nicht die Stiftung einer
150 Handelskette, sondern die kommunale oder genossenschaftlich organisierte oder klein-
151 und mittelständische Wirtschaft vor Ort sollten Grund und Boden gestalten.

Antrag G1-ÄA7: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 3

- 1 Thüringen ist ein Land der Chancen. Wir wollen dieses Land in der Thüringer Familie
- 2 gestalten, Sicherheit im Wandel geben und jene unterstützen, die hier ~~ih~~ **Leben ha**
leben, sowie jene, die ihre Zukunft hier sehen und jene, die dieses Land zu dem
- 4 gemacht haben, was es heute ist. Unser Thüringen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA8: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 9

5 Thüringen ist ein Land der Chancen. Damit das so bleibt, braucht es weiterhin einen
6 starken linken Gestaltungswillen. Thüringen hat eine gute Entwicklung genommen. All
7 jene, die hier leben, ein Zuhause aufgebaut haben, oder finden, all jene, die in den
8 letzten Jahrzehnten daran mitgewirkt haben oder in den kommenden daran mitwirken
9 wollen, haben ~~dara~~ihren Anteil daran. Diese Thüringer Familie, dieses "Wir" aller, die hier
10 leben, macht uns aus. 2024 werden die Weichen für die Zukunft in Thüringen gestellt.
11 In Zeiten der Krisenbewältigung geht es jetzt darum, wie dieses Land in 10 oder 20
12 Jahren aussehen wird. Die Krisen der letzten Jahre und der aktuellen Zeit haben uns
13 gezeigt, wie wichtig es ist, sich aufeinander verlassen zu können.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA9: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|--------------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 157

152 Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der
153 Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in
154 Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche
155 finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur
156 Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das
157 Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Er ist und bleibt das Ergebnis menschlichen
Handelns. Mit passgenauen öffentlichen
158 Investitionsgesellschaften des Landes könnten wir uns von starren Spielregeln der
159 schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule,
160 Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen,
161 Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und
162 Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, muss in den
163 Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA10: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 158

152 Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der
153 Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in
154 Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche
155 finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur
156 Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das
157 Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Mit passgenauen öffentlichen
158 Investitionsgesellschaften des Landes ~~könnten~~können wir uns von starren Spielregeln der
159 schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule,
160 Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen,
161 Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und
162 Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, muss in den
163 Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA11: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 162 - 163

152 Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der
153 Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in
154 Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche
155 finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur
156 Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das
157 Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Mit passgenauen öffentlichen
158 Investitionsgesellschaften des Landes könnten wir uns von starren Spielregeln der
159 schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule,
160 Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen,
161 Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und
162 Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, **mus**gehört in den
163 Mittelpunkt unserer Anstrengungen gestellt.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA12: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 189

184 Wir wollen darüber sprechen, wie wir es schaffen, aus den ersten kleinen Schritten
185 der Technologieberatungsstellen und der Transformationsagentur einen großen werden zu
186 lassen. Zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, ist von
187 öffentlichem Interesse. Es braucht daher eine neue Industriebeteiligungsstrategie,
188 mit der das Land Unternehmen begleitet, die bereit sind, umzustellen, statt auf den
189 ~~Markt~~"Markt" zu warten, der zwar bereinigt, aber nicht regelt. Dazu bauen wir auf das Wissen
190 aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die gemeinsam mit den berufsbildenden
191 Einrichtungen zu Weiterbildungszentren werden könnten. Dort unterstützen wir
192 Beschäftigte und bauen auf ihr Wissen, um die Aufgaben in den neuen industriellen,
193 öffentlichen und sozialen Arbeitsfeldern anzupacken. Wir wollen Sicherheit schaffen
194 in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, statt die Menschen sich selbst zu überlassen
195 und wieder viele hinten runter fallen zu lassen. Es braucht das Verständnis dafür,
196 dass wir sie für alle Berufe und Aufgaben benötigen, die Teil der sozialen und
197 klimagerechten Energiewende sind.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA13: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|--------------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 197

184 Wir wollen darüber sprechen, wie wir es schaffen, aus den ersten kleinen Schritten
185 der Technologieberatungsstellen und der Transformationsagentur einen großen werden zu
186 lassen. Zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, ist von
187 öffentlichem Interesse. Es braucht daher eine neue Industriebeteiligungsstrategie,
188 mit der das Land Unternehmen begleitet, die bereit sind, umzustellen, statt auf den
189 Markt zu warten, der zwar bereinigt, aber nicht regelt. Dazu bauen wir auf das Wissen
190 aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die gemeinsam mit den berufsbildenden
191 Einrichtungen zu Weiterbildungszentren werden könnten. Dort unterstützen wir
192 Beschäftigte und bauen auf ihr Wissen, um die Aufgaben in den neuen industriellen,
193 öffentlichen und sozialen Arbeitsfeldern anzupacken. Wir wollen Sicherheit schaffen
194 in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, statt die Menschen sich selbst zu überlassen
195 und wieder viele hinten runter fallen zu lassen. Es braucht das Verständnis dafür,
196 dass wir sie für alle Berufe und Aufgaben benötigen, die Teil der sozialen und
197 klimagerechten Energiewende sind. Bei Wirtschaftsförderung, Auftragsvergabe und Industriebeteiligungen ist auf den Aspekt der Guten Arbeit zu achten. Dazu gehören für uns Beschäftigungssicherung, Ausbildung, Mitbestimmung und Tarifbindung.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA14: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 198

198 **Haltung ~~zeigen~~:zeigen und für Sicherheit sorgen**:Damit all das möglich wird, braucht es eine klare
Haltung, mit der
199 wir Menschen begegnen. Wir, das bedeutet für uns ein verbindendes "Wir" all derer,
200 die hier leben und mitgestalten wollen. Damit das alle können, braucht es Strukturen,
201 die Menschen hier in Sicherheit ankommen und teilhaben lassen. Aus abweisenden
202 „Ausländerbehörden“ müssen bürokratiearme Einrichtungen werden, in denen Zuwanderung
203 sicher und das Ankommen schnell ermöglicht wird. Aus Kettenduldungen und
204 Perspektivlosigkeiten müssen Bleibeperspektiven und Chancen werden. Der „Spurwechsel“
205 ist dabei der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wir wollen Menschen nicht länger sich
206 selbst und der Willkür illegalisierter Fluchtwege und verworrener Aufenthaltstitel
207 überlassen. Wir wollen organisierte, ausbeuterische Kriminalität verhindern und
208 stattdessen humanitäre und zivile Hilfe stärken. Landesaufnahmeprogramme müssen
209 stärker mit Leben erfüllt und die Beratungs-, Begleitungs- und
210 Unterstützungsstrukturen auf sichere Beine gestellt werden. Zuwanderung bedeutet für
211 uns Schutz und die Möglichkeit, sicher auf eigenen Beinen stehen zu können. Das
212 wollen wir ermöglichen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA15: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|--------------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 211

198 **Haltung zeigen:** Damit all das möglich wird, braucht es eine klare Haltung, mit der
199 wir Menschen begegnen. Wir, das bedeutet für uns ein verbindendes "Wir" all derer,
200 die hier leben und mitgestalten wollen. Damit das alle können, braucht es Strukturen,
201 die Menschen hier in Sicherheit ankommen und teilhaben lassen. Aus abweisenden
202 „Ausländerbehörden“ müssen bürokratiarme Einrichtungen werden, in denen Zuwanderung
203 sicher und das Ankommen schnell ermöglicht wird. Aus Kettenduldungen und
204 Perspektivlosigkeiten müssen Bleibeperspektiven und Chancen werden. Der „Spurwechsel“
205 ist dabei der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wir wollen Menschen nicht länger sich
206 selbst und der Willkür illegalisierter Fluchtwege und verworrener Aufenthaltstitel
207 überlassen. Wir wollen organisierte, ausbeuterische Kriminalität verhindern und
208 stattdessen humanitäre und zivile Hilfe stärken. Landesaufnahmeprogramme müssen
209 stärker mit Leben erfüllt und die Beratungs-, Begleitungs- und
210 Unterstützungsstrukturen auf sichere Beine gestellt werden. Zuwanderung bedeutet für
211 uns ~~Schutz und~~ die Möglichkeit, sicherer auf eigenen wirtschaftlichen Beinen stehen zu können. Das
212 wollen wir ermöglichen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA16: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 217 - 218

- 214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und ~~Macht erhalten, obwohl sie~~ dabei eigentlich Machtverhältnisse und Privilegien verteidigen und nur
verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir sagen, was ist und an wessen Seite wir stehen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir
brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA17: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 219

214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit und die Umverteilung von Macht
und Reichtum. Wir brauchen Thüringen, wo wir alle gut leben können.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA18: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

| | |
|--------------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | LAG Betrieb und Gewerkschaft |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 232

232 Sicherheit im Wandel, Anerkennung von Erfahrungen und Zukunft gibt es nur mit uns und Bodo
233 Ramelow. Einer, der im Land und im Bund für die Menschen in Thüringen streitet und
234 klare Haltung zeigt in einer Zeit, welche Haltung statt Spaltung mehr verlangt denn
235 je. Sicherheit im Wandel, dafür stehen wir, als Thüringer LINKE!

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G2-ÄA1: Änderungsantrag zu G2

Änderungsantrag zu G2

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Andreas Schubert, Markus Gleichmann, Kreisverband Unstrut-Hainich-Kreis |
| Status: | in Bearbeitung |
| Antragsblock: | Anträge von grundsätzlicher Bedeutung |

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 139

124 Eine kommunale Verkehrspolitik ist noch viel mehr. Andere Kommunen haben es
125 vorgemacht. Öffentliche Räume den parkenden oder fahrenden Fahrzeugen wieder zu
126 entziehen, diesen Raum für die Menschen zurückzugewinnen und mit Leben zu erfüllen,
127 ist möglich und nicht nur in Großstädten machbar. Begrünte Städte sind kühler in
128 einer sich erwärmenden Umwelt. Lebensqualität, Mobilität für alle und eine
129 Verkehrsplanung, die auch Radfahrende mitdenkt, sind kein Widerspruch. Schauen wir
130 uns die Stadtplanung in vielen Plattenbaugebieten mit Grünanlagen und Schattenplätzen
131 an, werden wir das Konzept bereits dort finden. **Kommunale Klimapolitik kann einen
wichtigen Beitrag leisten, die Folgen des Klimawandels zu begrenzen.** Hitzeschutz in
133 den Städten ist gelebte Gesundheitspolitik in der Kommune. Eine weitere Aufheizung
134 und Austrocknung der urbanen Lebensräume müssen wir verhindern. Hierzu müssen wir die
135 Klimapolitik vor Ort auch größer denken. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat ein
136 Förderprogramm aufgelegt, damit vor Ort entsprechende Klimaschutzkonzepte erarbeitet
137 werden können. Was genau damit passiert, das ist gelebte Demokratie auf kommunaler
138 Ebene. **Wir sprechen uns dafür aus, dass diese Klimaschutzkonzepte auch unter
139 Beteiligung der Einwohner:innen erstellt und weiterentwickelt werden.**

Unsere Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Erzeugung von erneuerbarer Energie leisten. Die Kommunalen Stadtwerke sind gefragt stärker in solche Projekte zu investieren und die Menschen dabei zu beteiligen. Wir setzen uns dafür ein, dass vor Ort mehr Energiegenossenschaften gegründet werden.

Begründung

Die Kommunalen Stadtwerke haben eine riesige Aufgabe vor sich: die Erzeugung der Energie auf erneuerbare und umweltschonende Wege umzustellen. Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine Aufgabe, die die ganze Gesellschaft etwas angeht, weshalb auch alle die Möglichkeiten bekommen sollten sich zu beteiligen. Energiegenossenschaften können dabei ihren Beitrag als ein demokratisches Beteiligungsmodell leisten. Das Land unterstützt Bürgerenergiegenossenschaften und wir sollten das Thema aktiv nach vorne bringen.